

Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich

Wenig Brot für viele, viel Brot für wenige

International vergleichende Studien betonen die große Bedeutung von Einkommensunterschieden zum Beispiel für die individuelle Lebenserwartung, Gesundheit und Bildung – und für die Krisenanfälligkeit einer Volkswirtschaft. Entscheidend für wachsende Einkommensungleichheit sind die Expansion des Niedriglohnsektors und der überproportionale Zuwachs am anderen Ende der Einkommensskala. Entgegen dem langfristigen Trend hat sich durch die globale Wirtschaftskrise die Ungleichheit zumindest temporär verringert.



Die negativen Auswirkungen, die soziale Ungleichheit auf Gesellschaften insgesamt hat, haben die britischen Wissenschaftler Kate Pickett und Richard Wilkinson in einer vielbeachteten, 2010 auch auf Deutsch erschienenen Studie untersucht. Sie haben für 23 reiche Industrienationen analysiert, inwieweit Länder mit großen Einkommensunterschieden (Singapur, USA, Portugal, Großbritannien, Australien und Neuseeland) im Vergleich zu Ländern mit relativ gleicher Einkommensverteilung (Japan, Griechenland, Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark) in puncto Lebensqualität und Bildungsniveau abschneiden. Dabei haben sie auf ein breites Set an Indikatoren wie Lebenserwartung, Gesundheitszustand, Fettsucht, schulische Leistungen, Kriminalitätsrate, Teenager-Schwangerschaften und soziale Mobilität zurückgegriffen.

Der Studie zufolge ist beispielsweise die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs in Ländern mit großen Einkommensunterschieden besonders gering. Auch ist der durchschnittliche Gesundheitszustand der Bevölkerung in diesen Ländern schlechter. Obwohl die USA das Land mit den höchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf sind, ist die Säuglingssterblichkeit nicht nur doppelt so hoch wie in Japan, sondern auch um 40 Prozent höher als im weniger wohlhabenden Griechenland. Ähnliche Unterschiede lassen sich für andere gesundheitsbezogene Indikatoren feststellen. Die Autoren führen dies auf psycho-soziale Faktoren wie „niedriger sozialer Status“, „wenig entwickelte Freundschaften“ und „ungünstige frühkindliche Erfahrungen“ zurück, die in Ländern mit hoher Einkommensungleichheit häufiger vorzufinden sind als in eher egalitären Gesellschaften.

In einer international vergleichenden Studie hat der britische Ökonom Anthony B. Atkinson gezeigt, dass die Einkommensungleichheit bereits seit den 1980er Jahren zunimmt. Eine Ursache ist die stärkere Nachfrage nach qualifizierten Beschäftigten aufgrund des technischen und organisatorischen Wandels. Zudem hat die Globalisierung die Konkurrenz zwischen un- bzw. angelernten Beschäftigten verschärft. Daher hat der US-Ökonom Richard Freeman zu Recht die Frage aufgeworfen, ob unsere Löhne nicht eher in Peking, Delhi oder Jakarta als in New



York, Paris oder Frankfurt festgelegt werden. Zudem, so Freeman, könne Arbeitsmigration das Arbeitsangebot und dessen Qualifikationsstruktur verändern und Druck auf das Lohnniveau von Geringqualifizierten ausüben. Ein gegenläufiger Effekt ist allerdings, dass durch die zunehmende Einkommensungleichheit die Nachfrage nach ortsgebundenen Dienstleistungen steigt, etwa in der Gastronomie oder bei haushaltsnahen Tätigkeiten.

Lohneinkommen werden in der globalisierten Wirtschaft zunehmend ergänzt durch Kapitaleinkommen. Davon profitieren Bezieher höherer Einkommen wesentlich stärker als Geringverdiener. In Wachstumsphasen steigen die Kapitaleinkommen schneller als die über Arbeits- und Tarifverträge weitgehend festgelegten Lohneinkommen – und vice versa. Der weit überdurchschnittliche Zuwachs der Kapitaleinkommen ist tendenziell auch in der gegenwärtigen Globalisierungsphase festzustellen. Gleichwohl kann die Lohnquote, gemessen als Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt, in einer Rezession wie der jüngst erlebten kurzfristig zunehmen, wenn die Kapitaleinkommen krisenbedingt einbrechen. Dies ist insbesondere der hohen Volatilität der Finanzmärkte geschuldet, die stärker auf konjunkturelle Schwankungen reagieren als die Lohneinkommen.

Ist damit die Annahme der liberalistischen Wachstums- und Verteilungstheorie widerlegt, dass der internationale Handel für alle Länder und Bevölkerungsgruppen von Vorteil ist? Oder hebt die Flut, also der globalisierungsbedingte weltweite Wachstumsschub, wirklich alle Boote? Profitieren Entwicklungs- und Schwellenländer ebenso wie die fortgeschrittenen Industriestaaten? Erstreckt sich der Wohlstandszuwachs auf alle Bevölkerungsschichten, wie von liberalistischen Ökonomen prophezeit? Und was geschieht in einer weltweiten Rezession, wenn die Ebbe manche Boote wieder auf Sand setzt?

Spitzeneinkommen eilen davon

Hauptursache der zunehmenden Einkommensungleichheit sind nach Atkinson die stark gestiegenen Einkommen am oberen Ende der Einkommensskala. Dieser Trend ist nicht zuletzt der technologischen Entwicklung geschuldet, die einerseits den Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie massiv erhöht hat, andererseits zu einer verstärkten Routinisierung und Automatisierung vor allem von geringer qualifizierten Tätigkeiten geführt hat. Zudem ist mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte eine Erosion der bisher geltenden, weitgehend ergebnisunabhängigen Entlohnungsgrundsätze verbunden. Von dieser Erosion haben

nicht nur die Beschäftigten im Banken- und Versicherungsgewerbe, sondern auch hoch qualifizierte Beschäftigte in anderen Branchen profitiert. So hat sich nach Angaben des schweizerischen Gewerkschaftsdachverbands Travail Suisse die Schere zwischen Höchst- und Tiefstlöhnen in den schweizerischen Unternehmen in den Jahren 2002 bis 2009 weiter geöffnet. Zwar haben sich während der Finanzkrise 2007/2008 die Unterschiede aufgrund von weggefallenen oder eingeschränkten Bonuszahlungen kurzfristig etwas verringert, doch schon im Jahr darauf öffnete sich die Schere erneut in rasantem Tempo: So hat sich laut Travail Suisse der Gehaltsunterschied zwischen dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung und den Angestellten in der niedrigsten Besoldungsgruppe bei der UBS zwischen 2008 und 2009 um ganze 753 Prozent erhöht. Für Oerlikon wurde immerhin noch eine Zunahme der Gehaltskluft von 204 Prozent, für die Credit Suisse von 318 Prozent ausgewiesen – wohlgeachtet binnen eines Jahres.

Angesichts der Globalisierung der Finanzmärkte dürften diese Schweizer Unternehmen keine Einzelfälle sein. Dies wirft die Frage auf, inwieweit auch in anderen Ländern die Verteilung der Einkommen und Vermögen am oberen Ende immer mehr dem „Muster“ der Schweiz, Hongkongs oder Singapurs folgt. In jedem Fall bietet die Reichtumsforschung, wie die Schweiz sie betreibt, auch für Länder wie Deutschland ein lohnendes und hochrelevantes Forschungsfeld.

Insgesamt sind es nach Atkinson vor allem drei Faktoren, die das Davoneilen der obersten Einkommen erklären: Erstens die mitunter exorbitanten Gehaltssprünge von „Spitzenkräften“ unterschiedlicher Provenienz – seien es Investmentbanker, Opernstars, Fußballprofis oder Topmanager. Zweitens scheinen die Einkommenshierarchien in den großen Unternehmen der Privatwirtschaft generell steiler geworden zu sein. Drittens hat die Bedeutung von Boni als integraler Bestandteil von Spitzeneinkommen erheblich zugenommen. Um die Entwicklung der Spitzeneinkommen systematisch und nicht nur exemplarisch für einzelne Schweizer Unternehmen zu erfassen, bedürfte es freilich differenzierterer statistischer Maße für Einkommensabstände als üblicherweise verwendet werden.



Der Niedriglohnsektor wächst

Welche Entwicklungen sind am anderen Ende der Einkommensskala zu verzeichnen? In ihrem „Global Wage Report 2010/11“ konstatiert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) einen tendenziell wachsenden Anteil von Niedriglohnempfängern. Dabei sind Niedriglöhne typischerweise definiert als Arbeitsentgelte, die weniger als zwei Drittel des sogenannten Medianlohns ausmachen (unter- bzw. oberhalb des Medianlohns liegt jeweils die Hälfte aller Einkommensbezieher). Freilich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. In etwa einem Drittel der Länder, für die entsprechende Daten verfügbar sind, ist der Anteil der Niedriglohnempfänger in den Jahren 2007 bis 2009 im Vergleich zum Zeitraum von 1995 bis 2000 sogar zurückgegangen. Allerdings erlaubt die Datenlage Vergleiche nur für eine begrenzte Gruppe von Ländern. Dazu zählen die hoch industrialisierten und die meisten Schwellenländer. Für die Entwicklungsländer ist die Datenlage nur in Lateinamerika und der Karibik zufriedenstellend.

Die Ausgangspositionen der einzelnen Länder sind sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 1): So verzeichnet Finnland mit fünf Prozent vergleichsweise wenige Niedriglohnempfänger. In Honduras und Panama dagegen sind es nach Angaben des „Global Wage Report“ mehr als ein Drittel. Die Zugehörigkeit zum Niedriglohnsektor wird insbesondere durch Faktoren wie Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, Ausbildung, Familienstand, Region, Sektor, Unternehmenstyp, Berufsgruppe und Teilzeitbeschäftigung bestimmt. Informelle Beschäftigung ist sehr relevant, aber definitionsgemäß nur unzureichend erfassbar. Man tut deshalb gut daran, Atkinsons Warnung vor Querschnittsvergleichen von Ländern zu beherzigen und sich stattdessen auf die Veränderungen innerhalb einzelner Länder bzw. innerhalb strukturell ähnlicher Ländergruppen zu konzentrieren.

Die von Land zu Land unterschiedlichen Ausgangspositionen zeigen sich auch in den Werten der typischerweise verwendeten Verteilungsmaße. Das sind insbesondere die Abstandsmaße zwischen dem obersten und dem untersten Einkommenssegment bzw. dem mittleren und dem untersten Segment. Für uns ist insbesondere von Interesse, wie

Tabelle 1

Anteil der Niedrigeinkommensbezieher in verschiedenen Ländern

5 bis 10 %	Finnland (V)	Schweden (V)
10 bis 15 %	Neuseeland (V) Schweiz Dänemark Belgien	Chile Spanien Philippinen
15 bis 20 %	Australien (V) Tschechien (V)	Japan (V)
20 bis 25 %	USA (V) Canada (V) Ungarn (V) Deutschland (V) Großbritannien (V) Irland (V) Luxemburg (V)	Brasilien Israel Polen Mexiko Venezuela Costa Rica
25 bis 30 %	Republik Korea (V) Peru	Argentinien Ecuador
> 30 %	Paraguay Südafrika Uruguay	Honduras Panama

(V) Länder, in denen sich der Anteil nur auf die Vollzeitbeschäftigten bezieht

Quelle: ILO Global Wage Report 2010/11, S. 36

©IAB

sich die höchsten Einkommen vor, während und nach der Krise entwickelt haben, wie hoch der Anteil der mittleren Einkommensbezieher ist, die auf- bzw. absteigen und wie die relative Armut zu- oder abgenommen hat. Daten für die Veränderung dieser Verteilungsmaße liegen wiederum nur für ausgewählte Länder vor. In 17 von 30 Ländern, für die vergleichbare Daten vorhanden sind, ist der Abstand zwischen dem obersten und dem untersten Einkommenssegment seit Mitte bzw. Ende der 1990er Jahre gewachsen. Obwohl die zunehmende Einkommensungleichheit größtenteils darauf zurückzuführen ist, dass die Spitzeneinkommen davongeeilt sind, spielt auch das Zurückfallen der unteren Einkommenssegmente eine Rolle.

Wirtschaftskrise hat den Rückgang der Lohnquote vorübergehend gestoppt

Widerlegen nun diese Befunde die eingangs erwähnte liberalistische These, dass die Flut alle Boote hebt? Diese Frage lässt sich auf der Basis relativer Einkommensverteilungsmaße nicht abschließend beantworten. Denn es ist durchaus möglich, dass die oberen Einkommen weiter hochschnellen, während die Niedrigsteinkommen zwar nicht Schritt halten, aber ebenfalls zunehmen. Wir haben in Ausgabe 2/2010 des IAB-Forum darauf hingewiesen, dass der Anteil der arbeitenden Menschen unter der absoluten Armutsschwelle – nach der international

üblichen Definition liegt diese bei 1,25 US-Dollar am Tag – zwischen 1998 und 2008 von 37,5 Prozent (945 Mio.) auf 21,2 Prozent (633 Mio.) zurückgegangen und im Krisenjahr 2009 wieder um vier Prozentpunkte gestiegen ist. Dabei haben die sozialen Sicherungssysteme in den entwickelten Wohlfahrtsstaaten eine positive Wirkung als eingebaute Stabilisatoren entfaltet. Die nationalen und internationalen Initiativen für einen sozialen Basisschutz in den Schwellen- und Entwicklungsländern sind von solchen Stabilisierungserfolgen häufig noch weit entfernt. Daher hat die ILO vor nunmehr zehn Jahren eine Initiative zum weltweiten sozialen Basisschutz ins Leben gerufen, die in der kommenden Jahresversammlung forciert werden soll.

Die ILO schätzt in ihrem aktuellen „Global Wage Report“, dass sich das Wachstum der Reallöhne und -gehälter in der Krise gegenüber der Zeit vor der Krise halbiert hat, während die weltweite Arbeitslosigkeit mit 210 Millionen ein neues Rekordniveau erreicht hat. Beim Lohnwachstum bestehen allerdings starke regionale Unterschiede: Die seit dem Jahr 2000 ohnehin nur schwach wachsenden Löhne in den hoch entwickelten Ländern gingen während der Krise geringfügig zurück, wiesen jedoch bereits im Jahr 2009 wieder leicht positive Wachstumsraten auf. Das durchschnittliche Reallohnwachstum in Osteuropa und Zentralasien hingegen fiel von 17 Prozent im Jahr 2007 auf minus 2,2 Prozent im Jahr 2009. Das sehr hohe Reallohnwachstum in den Jahren vor der jüngsten globalen Wirtschaftskrise dürfte allerdings auch die Tatsache widerspiegeln, dass die Löhne in diesen Regionen wegen des schwierigen Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in den 1990er Jahren zunächst sehr stark eingebrochen waren.

Gleichzeitig zeigt der ILO-Report, dass die Lohnquote in den Jahren 2008 und 2009 in den meisten erfassten Ländern gestiegen ist – entgegen dem langfristigen Trend. Besonders ausgeprägt war diese gegenläufige Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tabelle 2). Insgesamt bestätigen sich damit die Erfahrungen aus früheren Rezessionen, wonach sich die Lohnquote gegenläufig zum konjunkturellen Zyklus bewegt. Denn in der Krise reagieren die Unternehmensgewinne vergleichsweise empfindlicher als die Löhne. Allerdings sind Abweichungen der



Lohnquote von ihrem längerfristigen Trend meistens nur vorübergehender Natur, so dass mittelfristig von einem erneuten Rückgang der Lohnquote auszugehen ist.

Einkommensungleichheit als Krisenauslöser

Die weltweit zu beobachtende steigende Einkommensungleichheit und der in vielen Ländern wachsende Anteil von Geringverdienern werfen eine weitere Frage auf, die der frühere US-Arbeitsminister Robert Reich in seinem jüngst erschienenen Buch thematisiert: Reicht der Anstieg der Lohnquote im Zuge der zuletzt erlebten Wirtschaftskrise aus, um die nächste Krise zu verhindern? Ausgangspunkt von Reichs Buch ist die These, dass gerade das wachsende soziale Gefälle in den USA die entscheidende Ursache der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise war. Denn die dramatische Einkommensverschiebung von unten nach oben, die in den USA seit den späten 1970er Jahren stattgefunden hat, führte nach Reich dazu, dass die breite Masse der Amerikaner nicht mehr genügend Kaufkraft besitzt, um das zu kaufen, was die eigene Volkswirtschaft produzieren kann. Nach Ansicht



der Ökonomen Jean-Paul Fitoussi und Joseph Stiglitz – die auch von der ILO in ihrem jüngsten „Global Wage Report“ geteilt wird – wurde die so entstandene Nachfrageschwäche dadurch verschärft, dass private Haushalte mit relativ niedrigen Einkommen ihre ohnehin geringe Sparneigung weiter reduzierten und sich, befeuert durch billige Immobi-

Tabelle 2

Veränderung der Lohnquote im Verarbeitenden Gewerbe

		Anstieg seit 2007		
		<5 %	5 bis 10 %	> 10 %
langfristiger Rückgang (1990-2007)	<5 %	Griechenland Dänemark Belgien Spanien	Italien	Luxemburg
	5 bis 10 %	Tschechien Estland	Niederlande	Deutschland
	> 10 %	Österreich Norwegen Ungarn Irland Polen Slowenien	Schweden Slowakei	Finnland

lienkredite immer weiter verschuldeten (eine ausführliche Darstellung dieser Entwicklung findet sich in einem Beitrag von Timo Baas im IAB-Forum Spezial aus dem Jahr 2009). Dies trug – im Zusammenspiel mit der wachsenden Staatsverschuldung und einer laxen Geldpolitik der US-amerikanischen Notenbank – zu einer Spekulationsblase bei, deren Platzen zum Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers führte und eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auslöste.

Tatsächlich hat die globale Ungleichheit der Pro-Kopf-Einkommen seit der industriellen Revolution dramatisch zugenommen. Zu Beginn entsprach das Verhältnis der Durchschnittseinkommen zwischen den reichsten und ärmsten Weltregionen in etwa dem Verhältnis 2:1. Heute liegt es bei 20:1. Betrachtet man nur den Unterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Land der Erde, so liegt das Verhältnis nach den Berechnungen des Harvard-Ökonomen Dani Rodrick mittlerweile sogar bei 80:1.

Die zunehmende Polarisierung der Einkommen birgt vielerorts die Gefahr, dass große Bevölkerungsgruppen den Anschluss verlieren. Denn die Wahrscheinlichkeit, in einen besser bezahlten Job aufzusteigen, ist in vielen Ländern mit großem Niedriglohnsektor relativ gering. Während Arbeitnehmer und ihre Familien von den sozialen Folgen weltweiter ökonomischer Verwerfungen in aller Regel unmittelbar betroffen sind, handeln die für diese Entwicklungen verantwortlichen Akteure zumeist im globalen Maßstab und sind der demokratischen Kontrolle durch nationale Regierungen weitgehend entzogen. Vielfach lassen sich die Verantwortlichkeiten nicht mehr klar zuordnen und verorten. Dies kann zu wachsenden sozialen Spannungen führen – insbesondere dann, wenn immer mehr Menschen den Eindruck gewinnen, in Krisenzeiten einen hohen Preis für die Fehler anderer bezahlen zu müssen, ohne aber selbst an den Früchten wirtschaftlichen Wachstums teilzuhaben.

Fazit

Auch wenn er zuletzt eine Atempause eingelegt hat – der generelle Trend einer zunehmenden Einkommensspreizung scheint ungebrochen. Dieser Trend hat negative Folgen in



verschiedensten Bereichen, vom Gesundheitszustand und Bildungsniveau der Bevölkerung bis hin zur Kriminalitätsrate, um nur einige Beispiele zu nennen. Als wichtigste Ursachen sind die technisch-organisatorische Entwicklung und die Globalisierung – insbesondere die Produktion von Massenwaren in Billiglohnländern und die Arbeitsmigration – hervorzuheben. Insofern spricht vieles dafür, die negativen Auswirkungen der Globalisierung etwa durch soziale Standards zu begrenzen. Der „Global Wage Report“ fordert flächendeckende Kollektivvereinbarungen und gesetzliche Mindestlöhne. Diese wären durch sozialpolitische Instrumente zu ergänzen, um die Einkommenssituation von Geringverdienerhaushalten zu verbessern. Interessante Erkenntnisse lässt in diesem Zusammenhang die Debatte erwarten, die der frühere US-Arbeitsminister Robert Reich mit seiner Forderung angestoßen hat, durch eine Verkleinerung des Niedriglohnsektors die Krisenanfälligkeit von Volkswirtschaften zu verringern.

Literatur

Atkinson, Anthony B. (2007): The distribution of earnings in OECD countries. *International Labour Review* 146 (1-2), S. 41-60.

Baas, Timo (2009): Globale Finanzkrise und deutsche Wirtschaft – Ein Crach mit Folgen. In: *IAB-Forum Spezial*, S. 12-19.

Bellmann, Lutz; Buttler, Friedrich (2010): Effekte der Weltwirtschaftskrise. Jugendliche tragen die Hauptlast. In: *IAB-Forum* 2, S. 66-71.

Bellmann, Lutz; Gerner, Hans-Dieter (2011): Reversed Roles? Wage and Employment Effects of the Current Crisis. In: *Research in Labour Economics* 32, S. 181-206.

Cichon, Michael; Behrendt, Christina; Wodsak, Veronica: The UN Social Protection Floor Initiative, Friedrich Ebert Stiftung Januar 2011.

Dauderstädt, Michael; Keltek, Cem: Globale Ungleichheit: 50:1 für die Reichen!
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08017.pdf> (Zugriff 03.05.2011)

Dustmann, Christian; Ludsteck, Johannes; Schönberg, Uta (2009): Revisiting the German Wage Structure. In: *The Quarterly Journal of Economics* 124(2), S. 843-881.

Fitoussi, Jean-Paul; Stiglitz, Joseph (2009): The way out of the crisis and the building of a more cohesive world. *Observatoire Français des Conjonctures Economiques (OFCE) document de Travail* No. 2009-17.

Freeman, Richard B. (1995): Are Your Wages Set in Beijing? In: *Journal of Economic Perspectives* 9 (3), S. 15-32.

Goos, Maarten; Manning, Alan; Salomons, Anna (2009): Job Polarization in Europe. In: *American Economic Review Papers and Proceedings* 99, S. 58-63.

International Labour Office (2010): *Global Wage Report 2010/11: Wage policies in times of crisis*. Geneva.

Reich, Robert (2010): *Nachbeben: Amerika am Wendepunkt*. Frankfurt am Main.

Rodgers, Gerry; Lee, Eddy; Swepston, Eddy; Van Daele, Jasmin (2009): *The ILO and the Quest for Social Justice, 1010-2009*, ILO Genf.

Rodrick, Dani (2011): *Das Globalisierungsparadox – Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*, C.H. Beck.

Schank, Thorsten; Schnabel, Claus; Stephani, Jens; Bender, Stefan (2008): *Niedriglohnbeschäftigung: Sackgasse oder Chance zum Aufstieg?* IAB-Kurzbericht 8.

Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2010): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin.

Die Autoren



Prof. Dr. Lutz Bellmann

ist Leiter des Forschungsbereichs „Betriebe und Beschäftigung“ am IAB.

lutz.bellmann@iab.de



Prof. Dr. Friedrich Buttler

war von 1988 bis 1994 Direktor des IAB, danach Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und Regionaldirektor für Europa und Zentralasien bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf.



Jens Stephani

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“ am IAB.

jens.stephani@iab.de